

**Rede des niedersächsischen Ministerpräsidenten
Stephan Weil
anlässlich des Empfangs im Kloster Loccum am Epiphaniastag
Montag, den 06. Januar 2014**

**Redezeit ca. 20 Minuten
(es gilt das gesprochene Wort!)**

Herr Landesbischof Meister,
Abt Hirschler,
Herr Landtagspräsident,
meine Damen und Herren Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete,
meine Damen und Herren,

ich danke der evangelischen Landeskirche Hannover zunächst einmal sehr herzlich für die Einladung zum diesjährigen Epiphaniastag-Empfang. Dieser Empfang ist eine schöne Tradition und seine Bedeutung geht weit über die unzähligen Neujahrsempfänge hinaus, die in diesen Tagen und Wochen noch folgen werden. Es handelt sich nach einer ungeschriebenen Regel um so etwas wie den Jahresauftakt der niedersächsischen Landespolitik unter dem Dach der Kirche. Das ist, wie ich finde, eine sehr schöne Tradition, die zugleich dafür sorgt, dass sich die Landespolitik Anfang des Jahres über ihre Orientierung vergewissern kann und dabei auch der freundschaftlichen Begleitung und Beratung durch die evangelische Kirche gewiss sein darf.

Ich bin nicht zum ersten Mal hier, aber für mich ist es dennoch ein besonderer Epiphanius-Empfang hier in Loccum. In früheren Jahren war ich als Oberbürgermeister unserer Landeshauptstadt eingeladen und konnte entspannt bei Butter- und Streuselkuchen den Reden lauschen. In diesem Jahr stehe ich erstmals vor Ihnen als Ministerpräsident, der natürlich neben der Darlegung eigener Gedanken auch gespannt darauf ist, was die Kirche der Landespolitik für das neue Jahr mit auf den Weg gibt.

Anrede,

ein Regierungswechsel nach Landtagswahlen bringt natürlich vielerlei Änderungen mit sich, personell und inhaltlich. Bei Lichte betrachtet bleibt aber noch mehr konstant, weil es sich eben bewährt hat. Dazu zähle ich vor allem auch das Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und dem Land Niedersachsen, das ich als eine zutiefst bewährte und freundschaftliche Kooperation erachte, und zwar von Anfang an. Als nach dem zweiten Weltkrieg Niedersachsen als Land errichtet wurde, war dies keineswegs selbstverständlich in Anbetracht der vielen selbstbewussten und eigenständigen Regionen. Zu dem gemeinsamen Nenner unseres Landes zählte aber von Anfang an auch der Christliche Glaube und insbesondere in diesem Zusammenhang natürlich auch die in Niedersachsen dominierende evangelische Prägung. Insofern war die evangelische Kirche von Anfang an so etwas wie ein Pater des jungen Landes, das in den nachfolgenden Jahrzehnten sicher erwachsen geworden ist, ohne dass sich aber das enge Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und dem Land verändert hätte. Der Loccumer Staatsvertrag vom 19.03.1955, der zwischen dem noch jungen Land Niedersachsen und den fünf evangelischen Landeskirchen geschlossen

worden ist, steht gewissermaßen beispielhaft für dieses Verhältnis. Ich weiß in dieser Hinsicht, wovon ich rede und danke ganz persönlich Ihnen, lieber Bischof Meister, und Ihnen, lieber Abt Hirschler, auch für manchen guten Rat.

Zuletzt haben im letzten Jahr die zahlreichen Veranstaltungen aus Anlass der 850-Jahrfeier hier in Kloster Loccum die tiefe Verbundenheit zwischen Land und Kirche betont und ich möchte Ihnen, lieber Abt Hirschler, noch einmal sehr herzlich zu diesem über alle Maßen gelungenen Jubiläum gratulieren.

Anrede,

so möchte ich es gerne auch in der Zukunft halten. Ich bin sicher, gerade eine sich deutlich wandelnde Gesellschaft wie die unsrige braucht Identität und braucht Wurzeln. Dazu zählt in unserem Kulturkreis allemal die christliche Kirche und bei uns in Niedersachsen in besonderer Weise die evangelische. Wir stehen vor gemeinsamen Herausforderungen, aber wir können diese Herausforderungen gemeinsamen angehen, in dem Bewusstsein gemeinsamer Werte, die uns verbinden.

Wenn ich daraus zugleich noch zwei konkrete Schlussfolgerungen ableiten darf, so sind es diese: Im vergangenen Jahr ist gelegentlich empfohlen worden, über die Neujustierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche neu nachzudenken. Anlass hierfür war ein bedauerlicher Vorgang, der allerdings nicht im Bereich der evangelischen Kirche gespielt hat. Sie können meinen vorangehenden Bemerkungen sicher entnehmen, dass ich für die Zukunft unseres Landes andere Themen für wichtiger halte. Ich sehe keine Veranlassung

in eine vertiefte Prüfung einzutreten, ob das Verhältnis zwischen Land und Kirche bei uns neu zu justieren ist.

Im Gegenteil: Die enge Zusammenarbeit und der ausgeprägte Respekt, der dieses Verhältnis prägt, sollten so gut wie möglich auch auf andere Bereiche übertragen werden. In diesem Sinne ist es zum Beispiel zu verstehen, wenn wir versuchen wollen, in diesem Jahr zu einem Staatsvertrag mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften in Niedersachsen zu gelangen. Unsere Gesellschaft ist eine multikulturelle und auch eine multireligiöse, und der Respekt, die Anerkennung und die Förderung unseres demokratischen Staates gebührt auch anderen Glaubensgemeinschaften, wie den Muslimen. Ich freue mich, dass diese Absicht von der evangelischen Kirche in unserem Land sehr offen und konstruktiv begleitet wird.

Anrede,

wenn ich von gemeinsamen Herausforderungen spreche, meine ich sowohl aktuelle als auch solche, die uns noch lange, lange Jahre begleiten werden.

Aktuell beschäftigt uns unverändert eine soziale Schieflage in unserer Gesellschaft. Wir können froh sein, über die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Prognosen für das kommende Jahr versprechen weiteres Wachstum. Es ist ganz sicher Aufgabe der Politik, so gut als möglich Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Entwicklung zu einer dauerhaften machen. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass wirtschaftliche Prosperität derzeit millionenfach mit sozialer Unsicherheit verbunden ist. Das betrifft

Menschen, die von niedrigsten Löhnen leben sollen, ebenso wie Arbeitnehmer, die in der ständigen Unsicherheit leben, ob ihr Arbeitsverhältnis denn fortgesetzt werden wird. Ich bin sehr froh darüber, dass die Koalitionsvereinbarung in Berlin an dieser Stelle einen deutlichen Trendwechsel verheißt, dessen sichtbarstes Zeichen gewiss der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn sein wird. Aber auch darüber hinaus werden noch Hausaufgaben zu erledigen sein, wenn ich zum Beispiel an die Arbeitsbedingungen in der Pflege denke. Gerade kirchliche Träger kennen das Problem nur zu genau, einerseits eine gute qualitativ hochwertige Pflege anbieten zu wollen, und andererseits mit der Refinanzierung schlichtweg nicht auskommen zu können. Das gilt vor allem in Niedersachsen, wo die Pflegesätze noch einmal deutlich niedriger sind, als in anderen Bundesländern. Ich meine, im nun beginnenden Jahr sollten wir gemeinsam diesem Problem nachgehen und mit den Verantwortlichen darüber sprechen, wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Lassen Sie mich einen zweiten Themenkreis in diesem Zusammenhang ansprechen. Sie, Herr Landesbischof, haben mit einer schlichten Weihnachtskarte öffentliches Aufsehen erregt und ich möchte Sie dazu ausdrücklich beglückwünschen. Auch im nächsten Jahr müssen wir wieder mit einer steigenden Zahl von Flüchtlingen rechnen. Es ist gewiss richtig, dass Deutschland in dieser Hinsicht nicht die Probleme der ganzen Welt lösen kann. Andererseits leben wir in einer weit überdurchschnittlich wohlhabenden und stabilen Gesellschaft und auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte meine ich, dass wir unseren Beitrag zur Bewältigung der weltweiten Flüchtlingsströme zu leisten haben. Deswegen ist Niedersachsen zum Beispiel unter denjenigen Bundesländern, die durchaus höhere Aufnahmezahlen für Flüchtlinge

aus Syrien gutheißen. Wir haben durch die Reform der Härtefallkommission auch die Grundlage dafür gelegt, dass die Praxis des Ausländerrechts in unserem Land künftig deutlich stärker auch humanitäre Belange berücksichtigen soll, als dies viele Jahre geschehen ist. Ich möchte in dieser Hinsicht auch ausdrücklich den Kirchen für ihren guten Rat danken.

Es bleibt aber eine schwierige Vermittlungsaufgabe, immer und überall um Verständnis dafür zu werben, dass wir Menschen eine sichere und menschenwürdige Aufnahme gewähren müssen, die ihre Heimat ganz gewiss nicht ohne Not verlassen haben. Das wird auch in den nächsten Monaten aller Voraussicht nach eine gemeinsame Aufgabe von Kirche und Land sein, wo wir aufeinander zählen müssen.

Anrede,

so schwierig uns manche aktuellen Probleme erscheinen mögen, mittelfristig stehen uns in Niedersachsen ganz andere Herausforderungen ins Haus. Die Veränderung unserer Gesellschaft erfolgt nicht abrupt, sie erfolgt schleichend, aber mit umso größerer Durchschlagskraft. Es ist uns allen geläufig: wir werden weniger, bunter und grauer. Alle Prognosen sagen für Niedersachsen eine sinkende Bevölkerungszahl voraus und eine Alterung der Gesellschaft. Gleichzeitig wächst der Anteil von Menschen, deren Familien vor ein oder zwei Generationen aus aller Welt nach Niedersachsen gekommen sind. Kirche ist Teil der Gesellschaft und deswegen bekommen Staat und Kirche diesen Strukturwandel gleichermaßen zu spüren. Die hannoversche Landeskirche deckt einen großen Teil der Fläche Niedersachsens ab und ich erinnere mich, Herr Landesbischof, gerne an

unser allererstes Gespräch, wo die aus dem demographischen Wandel für Kirche und Gesellschaft folgenden Konsequenzen uns von Anfang an beschäftigt haben. Deswegen freue ich mich auch sehr, über Ihre spontane Bereitschaft, am Demographiebeirat der Landesregierung mitzuwirken, der im Januar diesen Jahres seine Arbeit aufnehmen soll und wo wir mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen Teilen unserer Gesellschaft Lösungsansätze für die damit verbundenen Fragen herausarbeiten wollen.

Für die Landesregierung steht dabei vor allem die Vorbereitung der jungen Generation und der Einsatz für mehr Qualität in der Bildung im Vordergrund. Es führt kein Weg drum herum: wenn künftig weniger junge Leute unsere Gesellschaft tragen sollen, müssen sie umso besser ausgebildet und qualifiziert sein. Deswegen haben wir uns vorgenommen, in den nächsten Jahren Zug um Zug in Niedersachsen flächendeckend ein System von Ganztagschulen zu etablieren, die auf einem guten qualitativen Niveau allen Kindern und Jugendlichen die Chance geben sollen, alle ihre Talente zu entfalten. Das ist unter den Bedingungen der Schuldenbremse, die wir einhalten müssen und die wir einhalten wollen, ein besonderer Kraftakt, wie Sie sich vorstellen können. Ich bin aber überzeugt davon, dass ein solcher Ausbau unseres Bildungswesens das Beste ist, was wir in Anbetracht der demographischen Herausforderung tun können. Dasselbe gilt für die frühkindliche Förderung, die sicher weiter ausgebaut werden muss. Im Sinne unserer gesellschaftlichen Entwicklung hätte ich mich an dieser Stelle sehr über mehr Rückenwind aus Berlin gefreut. Es ist leider eher ein Lüftchen geworden, deswegen werden wir im kommenden Jahr zu entscheiden haben, wie weit wir unter diesen Bedingungen den berechtigten Forderungen zum Beispiel nach einer dritten Kraft in

Krippengruppen entsprechen können. Grenzen setzen an dieser Stelle nicht Einsicht und guter Wille, möglicherweise aber limitierte finanzielle Mittel.

Anrede,

ich hatte bereits die Arbeitsbedingungen in der Pflege angesprochen, wo es allerdings nicht mit einer besseren Vergütung getan sein wird.

Vielmehr müssen wir auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in einem Flächenland wie Niedersachsen überall eine qualitätvolle Pflege angeboten werden kann und wir insbesondere auch Menschen möglichst lange die Gelegenheit geben müssen, selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden zu leben, anstatt vor der Zeit eine stationäre Einrichtung nutzen zu müssen. Auch dieses Thema verbindet Kirche und Land intensiv und wird Gegenstand von vielen Gesprächen im nächsten Jahr sein müssen.

Und schließlich kommt die Weite unseres Landes auch nicht zuletzt in der sehr unterschiedlichen regionalen Entwicklung zum Ausdruck, die mit dem Strukturwandel unserer Gesellschaft einhergeht. Während die Ballungszentren und große Teile des niedersächsischen Westens durchaus mit stabilen oder sogar wachsenden Bevölkerungszahlen rechnen können, sehen sich andere Regionen, nicht zuletzt im Bereich der hannoverschen Landeskirche, mit einem umso deutlicheren Rückgang der Zahl junger Menschen konfrontiert. Es ist nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein ökonomisches Problem, denn der Fachkräftebedarf dürfte das wohl wichtigste Thema der niedersächsischen Wirtschaft sein. Die Landesregierung hat sich vorgenommen, durch auf die einzelnen Regionen konkret

zugeschnittene und mit ihnen erarbeitete Konzepte in den nächsten Jahren so gut wie möglich wieder neue Perspektiven herauszuarbeiten. Das ist eine schwierige, mittelfristig angelegte Entwicklungsaufgabe, für die am Anfang des Jahres vier Landesbeauftragte ihre Arbeit aufgenommen haben. Auch in dieser Hinsicht setze ich auf die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Land und Kirche, denn wir werden den guten Rat der Kirche auch und gerade in den Regionen benötigen, um die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Anrede,

„Gott nahe zu sein ist mein Glück“ lautet die Jahreslosung für das Jahr 2014. Die unzähligen Glücksratgeber in den Regalen der Buchhandlungen weisen darauf hin, dass Glück für viele Menschen bei uns keine Selbstverständlichkeit ist. Ihnen allen, eine tiefe ganz persönliche Zufriedenheit zu verschaffen, würde das Land ebenso hoffnungslos überfordern wie wohl auch die Kirche. Aber Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass es Menschen möglich ist, ein Leben zu führen in Freiheit, in Sicherheit und in Gemeinschaft, muss so gut als möglich unser gemeinsames Ziel sein. „Gott nahe zu sein, weitet mein Fühlen und Denken: Das Glück anderer Menschen vermag ich wie eigenes Glück zu empfinden.“ hat Präses Nikolaus Schneider zum Umgang mit der Jahreslosung geraten. Das ist, wie ich finde, ein guter Rat und eine gute Orientierung für die Arbeit in diesem, jetzt beginnenden Jahr. Ich freue mich darauf, dass wir in Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit zwischen der evangelischen Kirche in Niedersachsen und dem Land zahlreiche Gelegenheiten haben werden, an diesem Ziel zu arbeiten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.